

## **Haushaltsrede des Stadtkämmerers Ulrich Kiedaisch**

### **zur Einbringung des Haushalts 2010**

**am 4. November 2009**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaft in Baden-Württemberg durchlebt im Jahr 2009 eine Rezessionsphase, die in ihrem Ausmaß in der Geschichte des Landes ohne Beispiel ist. Alles deutet darauf hin, dass das Bruttoinlandprodukt im Land im Jahr 2009 um rd. 8 % schrumpfen dürfte. Für die gesamte Bundesrepublik gehen die Wirtschaftsinstitute von einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts von 5-6 % aus, die sich bereits in 2009 in insgesamt deutlich geringeren Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen niederschlagen.

Die Prognosen für 2010 sind mittlerweile wieder etwas optimistischer und gehen wieder von einem Wachstum von ca. 1,2 % aus. Die IHK Ludwigsburg überschreibt ihren Wirtschafts Lagebericht im Herbst 2009 mit „Mehr Licht im Tal“. Die Ludwigsburger Arbeitsagentur spricht von „Besserung, aber keine Trendwende“. Trotzdem dürfte auch das Jahr 2010 für die Weltwirtschaft und die Wirtschaft in Deutschland einige Herausforderungen bereithalten. Nicht nur, weil die großen Industriestaaten die Erholung noch längst nicht abgeschlossen und ihre Finanzsysteme auf Vordermann gebracht haben. Darüber hinaus gibt es weiterhin etliche Risiken in vielen Teilen der Welt, die den Konjunkturausblick eintrüben könnten.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist so außergewöhnlich, dass die Folgen für die kommunalen Haushalte beispiellos sind. In einer Reihe von Städten ist die

Finanzlage bereits äußerst ernst und wird sich voraussichtlich im nächsten Jahr weiter zuspitzen. Die Steuern brechen derart stark weg, dass die Kommunen 2010 insgesamt ein Defizit von mehr als 10 Milliarden EUR befürchten müssen. Außerdem liegen die Kassenkredite inzwischen bei 31,6 Milliarden EUR, mehr als fünfmal so hoch wie vor zehn Jahren. Vor allem Städte mit hoher Arbeitslosigkeit drohen unter der immer mehr steigenden Last von Sozialausgaben finanziell zusammenzubrechen. Zumal dort oft auch eine dramatische Verschuldung hinzukommt. Hier ist tatsächlich Land unter - erst recht, wenn die Krise demnächst voll auf die Langzeitarbeitslosigkeit durchschlägt. Die Sozialausgaben der Kommunen belaufen sich inzwischen auf rund 40 Milliarden EUR, das ist ein Anstieg um mehr als 80 % seit 1992. Hinzu kommen zusätzliche Belastungen. Um z.B. den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 umzusetzen werden darüber hinaus insgesamt etwa 18-19 Milliarden EUR veranschlagt, wovon Bund und Länder zusammen rd. 8 Milliarden EUR und die Kommunen 10 Milliarden EUR tragen müssen.

Was bedeutet das für den Haushalt der Stadt Ludwigsburg? Wir haben den Haushaltsplan 2010 noch auf der Basis der Mai-Steuerschätzung erstellt. Die Orientierungsdaten des Landes für die voraussichtliche Entwicklung des Anteils an der Einkommensteuer und der Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz basieren ebenfalls noch auf diesen Schätzungen. Seit gestern sitzen die Steuerexperten von Bund, Länder und Gemeinden wieder zusammen, um die aktuellen Entwicklungen der Steuereinnahmen zu prognostizieren. Sie haben es allerdings nicht sehr leicht mit ihren Prognosen. Wer kann denn momentan tatsächlich seriös die weitere Entwicklung der Konjunktur einschätzen? Hinzu kommen die von der neuen Regierungskoalition angekündigten Steuersenkungen – oder doch nicht? Mittlerweile regt sich Widerstand nicht nur der kommunalen Spitzenverbände sondern auch der Landesre-

gierungen. Würden die Steuersenkungen so wie in der Koalitionsvereinbarung umgesetzt, droht u.a. auch dem Land Baden-Württemberg ein Steuerausfall im dreistelligen Millionenbereich, der sich wiederum über den Finanzausgleich auch auf die Kommunen durchschlagen würde.

Wie sieht nun der aktuelle Haushaltsplanentwurf der Stadt unter diesen Rahmenbedingungen aus:

### **Haushaltsplanentwurf 2010**

#### **- Verwaltungshaushalt**

Das Volumen des Verwaltungshaushalts beträgt für 2010 268.783.650 Euro, das sind insgesamt 10 Mio. EUR weniger als im Vorjahr.

#### **- Einnahmen des Verwaltungshaushalts**

Wie Sie auf der Folie sehen, wird die Einnahmesituation einer Kommune hauptsächlich durch die Steuereinnahmen, Zuweisungen und Gebühren geprägt. Unsere eigenen Steuereinnahmen, also Grund-, Gewerbe-, Hunde- und Vergnügungssteuern umfassen 43,65 % der Gesamteinnahmen. Ein weiterer großer Block sind die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb – dies sind insbesondere Erstattungen Dritter, Zinseinnahmen und Konzessionsabgaben – mit insgesamt 4,8 % der Gesamteinnahmen. Kalkulatorische Einnahmen und innere Verrechnungen ergeben mittlerweile zusammen 33,27 % der Gesamteinnahmen. Kennzeichnend für die kommunalen Einnahmen des Verwaltungshaushalts ist, dass sie nur in geringem Umfang beeinflussbar sind.

Wenn man nur die tatsächlich zahlungswirksamen Einnahmen, also ohne die kalkulatorischen Einnahmen, anschaut ergibt sich das folgende Bild. Aus die-

ser Grafik ist erkennbar, dass die Steuereinnahmen (einschl. Anteil an der Einkommensteuer und die Schlüsselzuweisungen vom Land) tatsächlich insgesamt 69,2 % betragen. Hiervon sind alle – mit Ausnahme der Grund- und Hundesteuer) konjunkturabhängig.

Sehen wir uns die Einnahmen im Einzelnen an:

### **Gewerbsteuer**

Sie sehen an der Folie, wie sich die Gewerbsteuer in den letzten 10 Jahren entwickelt hat. Nach den Krisenjahren 2001 bis 2003 hatten wir in den letzten 5 Jahren Gewerbesteuererinnahmen sehr gute Ergebnisse, die zwischen 56,5 und 69,2 Mio. EUR schwankten. In 2009 werden wir voraussichtlich auf Grund eines einmaligen Sondereinflusses ein gutes Ergebnis von ca. 63 Mio. Euro erreichen können.

Für 2010 haben wir einen Ansatz von 45 Mio. Euro eingestellt. Dieser Ansatz, obwohl 18 Mio. EUR weniger als in diesem Jahr, erscheint uns realistisch. Auf Grund der aktuellen Entwicklungen ist die Gewerbsteuer allerdings sehr schwer zu prognostizieren. Auch den Unternehmen fällt es schwer, Aussagen zur weiteren Entwicklung zu machen. Hinzu kommt, dass die neue Regierung möglicherweise bereits im Jahr 2010 die Unternehmen durch Änderung der Bemessungsgrundlagen auch bei der Gewerbsteuer entlasten will. Der Hebesatz bleibt mit 360 Punkten vorerst unverändert.

Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleiben netto rd. 36,25 Mio. Euro in der Stadtkasse, das sind 15,2 Mio. EUR weniger als in diesem Jahr.

### **Grundsteuer**

Nach der Erhöhung des Hebesatzes auf einheitliche 310 Prozentpunkte bei beiden Grundsteuerarten im Jahr 2006 haben wir für 2010 eine weitere Erhöhung auf 360 Hebesatzpunkten eingeplant. Dies ist eine von vielen Maßnah-

men zur Konsolidierung des Verwaltungshaushalts, auf die ich später noch näher eingehen werde. Die geplante Erhöhung würde z.B. bei einem Einfamilienhaus zu einer durchschnittlichen Mehrbelastung von rd. 70 EUR im Jahr führen. Insgesamt führt die Erhöhung zu Mehreinnahmen von jährlich 1,75 Mio. EUR.

### **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Die Einkommensteuer ist nach den Prognosen der Steuerschätzer bereits im Jahr 2009 deutlich gesunken. Ursächlich sind hierfür insbesondere steigende Arbeitslosigkeit, aber auch Steuerentlastungen, die noch von der alten Regierung beschlossen wurden. Der Rückgang dieser Steuer wird sich mutmaßlich im nächsten Jahr fortsetzen, derzeit gehen wir von 31,9 Mio. EUR aus, 4,4 Mio. EUR weniger als in diesem Jahr. Genauere Daten erhalten wir mit der Novembersteuerschätzung.

### **Zuweisungen**

Auch bei den Schlüsselzuweisungen des Landes nach dem kommunalen Finanzausgleichsgesetz müssen wir im nächsten Jahr mit einem Rückgang um 3,5 Mio. EUR auf 19,6 Mio. EUR rechnen. Hier liegt die Ursache in den geringeren Steuereinnahmen des Landes, die 23% ihrer Steuereinnahmen zur Verfügung stellen und der insgesamt geringeren Steuerkraft aller Kommunen in Baden-Württemberg.

Der Anteil an der Umsatzsteuer ist derzeit noch stabil und beläuft sich in 2010 auf rd. 6,4 Mio. Euro. Auch diese Einnahmen sind – insbesondere für die Folgejahre – schwer planbar und abhängig von den weiteren Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene.

## **Gebühren**

Bei den Gebühren rechnen wir auf Grund verschiedener Anpassungen in 2010 mit insgesamt 13,8 Mio. EUR, das sind Mehreinnahmen von rd. 500 TEUR.

Auch im nächsten Jahr werden wir die Gebührensätze überprüfen und „soweit vertretbar und geboten“ Anpassungen vornehmen.

## **Sonstige Finanzeinnahmen**

Die sonstigen Finanzeinnahmen belaufen sich in 2010 auf rd. 13 Mio. Euro.

Es handelt sich hierbei insbesondere um Zinseinnahmen, Gewinnabführung der Städtischen Holding GmbH und um Konzessionsabgaben der Energieversorgungsunternehmen.

### **- Ausgaben des Verwaltungshaushalts**

Die Ausgabenseite des VwH umfasst vor allem die laufenden Personalausgaben mit insgesamt 20,35 %, die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben mit 12,76 % sowie die Zuweisungen an Dritte für laufende Zwecke mit 7,88 % der Gesamtausgaben. Der größte Block ist mittlerweile der der Umlagen mit jetzt 25,71, Innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten ergeben zusammen 32,88 %.

Auch hier die um die nicht zahlungswirksamen kalkulatorischen Ausgaben bereinigten Zahlen: nur rd. 110 Mio. Euro, d.h. nur rd. 41 % der Gesamtausgaben, nämlich Personalausgaben, Sachausgaben und Zuweisungen an Dritte sind direkt beeinflussbare Größen.

Zu den Ausgaben im Einzelnen:

## **Personalausgaben**

Im Stellenplan zum Haushalt 2010 sind insgesamt 994 Stellen enthalten, dass sind im Saldo 0,5 Stellen mehr als im Stellenplan 2009. tatsächlich werden 9,3 Stellen zusätzlich geschaffen, dem stehen Abgänge von 8,8 Stellen gegenüber. Der zusätzliche Stellenbedarf ergibt sich im Wesentlichen durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung. Die Personalausgaben steigen um rd. 1 Mio. Euro auf nunmehr 54,7 Mio. EUR, insbesondere wg. tarifbedingten Vorrückungen und Personalfördermaßnahmen. Nähere Ausführungen zu den Details der Personalkosten erfolgen im Rahmen der Behandlung des Stellenentwicklungsplanes durch den Fachbereich Organisation und Personal.

## **Sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben**

Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben betragen in 2010 33,25 Mio. EUR. Sie sinken im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4,2 Mio. Euro. Wir haben die in diesem Jahr durchgeführte 5%-ige Kürzung beibehalten und im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen weitere Sachausgaben gekürzt. Auch die Sondereinflüsse in 2009 (z.B. Ausgaben für das Jubiläumjahr) wurden bereinigt.

## **Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte**

Die Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte belaufen sich in 2010 auf rd. 21,2 Mio. Euro, rd. 1,3 Mio. Euro mehr als im laufenden Jahr. Diese Erhöhung ist vor allem auf weiter steigende Zuschüsse an die freien Träger für Kindergärten sowie Kinder- und Schülerhorte zurückzuführen. Auch hier wurde die in diesem Jahr durchgeführte 5%-ige Kürzung dort wo wir keine vertraglichen Verpflichtungen haben beibehalten.

## **Umlagen**

Grundlage für die im Jahr 2010 an das Land zu bezahlende Finanzausgleichsumlage und die an den Landkreis abzuführende Kreisumlage ist die Steuerkraftsumme 2010, welche auf den Ergebnissen des Jahres 2008 basiert. Die Steuerkraftsumme beträgt nunmehr 107.068.029 Euro. Die Finanzausgleichsumlage ist um rd. 2 Mio. Euro und die Kreisumlage bei gleichem Umlagesatzes von 32,5 v.H. um 2,4 Mio. Euro angestiegen. Die Gewerbesteuerumlage fällt im Vergleich zum Vorjahr mit 8,75 Mio. Euro um 2,8 Mio. Euro geringer aus.

## **Sonstige Finanzausgaben**

Die Zinsausgaben steigen von bisher 678 TEUR auf 1,25 Mio. Euro. Neben den Zinsen für die Kredite, die leicht rückläufig sind, kommen ab 2010 die Zinsen für die Werklohnstundungen der Arena Ludwigsburg und der Tiefgarage in der Arena hinzu.

## **Zuführungsrate**

Üblicherweise konnten wir bisher, auch in den konjunkturell schwierigeren Jahren, in der Haushaltsplanung eine positive Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt ausweisen. Nur im Jahr 2005 haben wir beim Jahresabschluss ein Negativergebnis ausweisen müssen. Die vorher genannten Rahmenbedingungen führen in 2010 im städtischen Haushalt zu Steuerausfällen von insgesamt rd. 25 Mio. EUR. Steuerausfälle in dieser Dimension hat die Stadt Ludwigsburg in der Nachkriegsgeschichte bisher noch nie verkraften müssen. Auf Grund der geringen Spielräume auf der Ausgabenseite des Verwaltungshaushalts (ca. 90 % der Mittel sind für gesetzliche Pflichtaufgaben gebunden) kann ein solcher Einnahmeausfall trotz aller SpARBEMÜHUNGEN und Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nicht kompensiert werden. Dennoch hat sich die Verwaltung zum Ziel gesetzt, zu den bereits erreichten Ver-

besserungen den Verwaltungshaushalt um weitere mindestens 8-11 Mio. EUR jährlich zu verbessern. Hierzu wurde ein umfangreiches Paket von Maßnahmen erarbeitet, welches dem Gemeinderat in der Haushaltsklausur am 17.10.2009 vorgestellt wurde. Die meisten dieser Vorschläge wurden bereits in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet, womit das ursprüngliche Defizit von rd. 19,2 Mio. EUR auf nunmehr 9,8 Mio. EUR reduziert werden konnte.

Die Konsolidierungsvorschläge enthalten sowohl Ausgabekürzungen als auch Einnahmeerhöhungen. Da viele der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen noch nicht bezifferbar sind, haben wir auch eine globale Minderausgabe von 1,5 Mio. EUR veranschlagt. Um sicherzustellen, dass dieser Betrag in jedem Fall erreicht wird, müssen wir im Jahr 2010 die Prüfaufträge konsequent und zeitnah umsetzen. In der globalen Minderausgabe sind auch Kürzungen der Personalausgaben berücksichtigt. Die Verwaltung erarbeitet aktuell hierzu ein Konzept, über welches wir Ihnen dann in den Beratungen näher berichten werden. Möglicherweise können wir die globale Minderausgabe schon im Nachtrag konkretisieren.

### **Fazit für den Verwaltungshaushalt**

Die Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt ist ein wichtiger Gradmesser für die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune. Nur wenn der Verwaltungshaushalt einen regelmäßigen Überschuss erwirtschaftet, können die notwendigen Investitionen zur Substanzerhaltung finanziert werden. Der Verwaltungshaushalt 2010 kann jedoch auf Grund der Steuerausfälle keine Mittel zur Finanzierung der notwendigen Investitionen erwirtschaften. Zum Ausgleich des Defizits von 9,76 Mio. EUR müssen Mittel der Allgemeinen Rücklage, die eigentlich zur Finanzierung von Investitionen vorgesehen waren, herangezogen werden. Dies schreibt der § 22 der GemH-VO so vor. Die Entnahme setzt nach diesem Paragraphen voraus, dass die Ver-

waltung alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpft und jede Sparmöglichkeit ausnutzt. Dies haben wir mit dem vorliegenden Paket der Konsolidierungsmaßnahmen versucht.

## **Vermögenshaushalt:**

### **Ausgaben**

Das Gesamtvolumen der Ausgaben des Vermögenshaushalts beträgt 46.532.200 Euro. Im Mittelpunkt der Ausgaben stehen die Bauinvestitionsmaßnahmen mit 45,06 %, das sind insgesamt rd. 21 Mio. Euro, der Erwerb von Vermögen mit einem Anteil von 17,68 % und die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen Dritter mit 14,81 % der Gesamtausgaben. Der Schuldendienst beträgt erfreulicherweise nur rd. 1 % der Gesamtausgaben.

### **- Entwicklung der Bauinvestitionen**

Die Ausgaben für Investitionsmaßnahmen belaufen sich in 2010 auf 20.969.100 Euro. Dies sind 12,5 Mio. EUR weniger als im laufenden Jahr. Allerdings war das Jahr 2009 das Jahr mit den bisher höchsten Investitionsausgaben. Rechnet man die Investitionen des ausgegliederten Entwässerungsbereichs von 4,2 Mio. Euro hinzu ergeben sich für 2010 insgesamt rd. 25,2 Mio. Euro an städtischen Investitionsausgaben.

Die Bauausgaben 2010 haben wiederum einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der Hochbaumaßnahmen. Hierauf entfallen 13,9 Mio. Euro. Im Bereich Tiefbau sind 4,2 Mio. Euro veranschlagt, für Grünflächen haben wir 2,8 Mio. Euro vorgesehen.

Auf dem Schaubild sehen Sie diese Schwerpunkte unserer Investitionsmaßnahmen in 2010:

- Im Einzelplan 2 die Schulsanierungsmaßnahmen und die Schaffung von Ganztagesbetreuungsräumen mit insgesamt 7,1 Mio. Euro
- Im Einzelplan 4 die Schaffung von neuen Kinderbetreuungsplätzen mit 2,8 Mio. EUR
- Im Einzelplan 5 die Sport- und Schulturnhallen, der Umbau von Sportplätzen sowie der Neubau bzw. die Umgestaltung von Kinderspielplätzen mit 2,5 Mio. Euro
- Im Einzelplan 6 insbesondere die Sanierungsgebiete Mathilde-/Rathausareal, Neckarweihingen, Poppenweiler und Grünbühl/Sonnenberg sowie verschiedene Straßenbau und Straßensanierungsmaßnahmen mit 10,8 Mio. Euro

Für den Grunderwerb sind in 2010 insgesamt 5,68 Mio. Euro vorgesehen.

### **Einnahmen**

Das Problem des Vermögenshaushalts liegt in 2010 darin, dass wir im Verwaltungshaushalt keine Zuführungsrate und damit auch keine eigenen Mittel zur Finanzierung unserer investiven Ausgaben erwirtschaften. Die in der Grafik erkennbaren größten Einnahmen erzielen wir durch den Verkauf von Grundstücken, hier erwarten wir Verkaufserlöse von 20,9 Mio. EUR, und durch Zuweisungen von Bund und Land für unsere Investitionen in Höhe von 10,1 Mio. EUR. Die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage von 12,1 Mio. EUR wird zum größten Teil an den Verwaltungshaushalt weitergereicht (9,76 Mio. EUR) und nur ein kleiner Anteil von rd. 2,4 Mio. EUR werden zur Deckung der Investitionsausgaben eingesetzt.

### - **Entwicklung des Schuldenstands**

Durch diese Gesamtfinanzierung mit Grundstückserlösen und Zuweisungen können wir in 2010 auf Kreditaufnahmen verzichten. Mit der Tilgungen laufender Kredite von 521 T€ können wir unseren kameraleen Schuldenstand erneut sogar leicht reduzieren. Rein rechnerisch beträgt der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2010 rd. 10,6 Mio. Euro, einschließlich der Schulden des Eigenbetriebs Stadtentwässerung von 30,65 Mio. Euro insgesamt 41,24 Mio. Euro, das sind 472 EUR/Einwohner.

### - **Stand der Allgemeinen Rücklage**

Auf der folgenden Folie sehen Sie den Stand der Allgemeinen Rücklage. Nach den vorgesehenen Entnahmen von 12,1 Mio. EUR stehen am Jahresende 2010 noch 20,5 Mio. Euro zur Verfügung, davon sind allerdings nur rd. 14 Mio. EUR nicht zweckgebunden. Wie vorher schon dargestellt, mussten wir auch auf die Verkehrsinfrastrukturrücklage zugreifen, um damit den Verwaltungshaushalt auszugleichen.

### **Fazit für den Vermögenshaushalt:**

Die vorgesehenen Investitionen können nur mit Hilfe von Zuweisungen und Grundstückserlösen und Rücklagenmittel finanziert werden. Wir setzen Vermögen ein, um damit wieder neues Vermögen zu schaffen. Dies ist zwar nach den Vorschriften des Kommunalen Haushaltsrechts möglich und zulässig, aber kann nur temporär für ein bis zwei Jahre funktionieren. Wir legen Ihnen zwar einen genehmigungsfähigen Haushalt vor, unsere Rücklagen und Teile unserer Vermögenssubstanz werden jedoch aufgezehrt. Wir konnten auch nicht alle Maßnahmen, die wir noch in der letztjährigen Finanzplanung vorgesehen hatten berücksichtigen.

## **Finanzplanung**

Besonders schwierig bzw. unmöglich war es uns, bis zum heutigen Tag eine komplette Finanzplanung vorzulegen. Das Innenministerium hatte uns im August Orientierungsdaten zur Entwicklung der Steuereinnahmen für das Jahr 2010 zur Verfügung gestellt, sah sich zum damaligen Zeitpunkt - verständlicherweise – nicht in der Lage, auch die Steuereinnahmen für die Jahre 2011 bis 2013 zu prognostizieren. Sobald die Ergebnisse der November-Steuerschätzung vorliegen, werden diese Daten nachgereicht, d.h. wir können die Finanzplanung erst während den Haushaltsberatungen vervollständigen. Bereits heute ist jedoch absehbar, dass sich die Steuereinnahmen auch in den Finanzplanungsjahren nicht deutlich erhöhen werden. Bei der Prognose von 1,5 Milliarden EUR Mehreinnahmen für 2010 auf Grund des erwarteten Wachstums von 1,2 % sind die vorgesehenen Steuerentlastungen noch nicht berücksichtigt. Die für 2010 bisher vorgesehenen Entlastungen würden zu Steuerausfällen von rd. 7 Milliarden EUR führen.

Wir haben uns deshalb vorerst darauf beschränkt, Ihnen ein Investitionsprogramm vorzulegen, welches im wesentlichen die Fortsetzung der bereits in 2009 begonnenen Maßnahmen, also insbesondere die Maßnahmen des Schulentwicklungsplans, die Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und die Maßnahmen in den Sanierungsgebieten enthält. Weitere Maßnahmen, so wünschenswert sie auch sein mögen, sind aus heutiger Sicht nicht finanzierbar. Bereits die Fortsetzung der begonnenen Maßnahmen führt in den Jahren 2011 bis 2013 derzeit zu einem ungedeckten Finanzierungsbedarf von rd. 41 Mio. EUR.

Es bleibt uns meines Erachtens nichts anderes übrig, als auf Sicht zu fahren, d.h. neue zusätzliche Maßnahmen können allenfalls dann wieder aufgenommen werden, wenn sich die Finanzsituation verbessert. Wir legen Ihnen zu

den Haushaltsberatungen auch nochmals eine aktualisierte Vormerkliste vor, also jene Maßnahmen, die derzeit im Haushaltsplanentwurf und im Entwurf des Investitionsprogramms noch nicht enthalten sind.

Es wird in den letzten Tagen auch auf kommunaler Ebene diskutiert, ob die Situation nicht auch Kreditaufnahmen rechtfertigen würden. Ich habe bereits vor kurzem bei der Zukunftskonferenz einige Thesen zur Entwicklung der kommunalen Finanzen aufgestellt, die aus meiner Sicht zwei wichtigsten Thesen möchte ich nochmals kurz vorstellen:

1. Auf absehbare Zeit werden die Steuereinnahmen tendenziell rückläufig sein (Auswirkungen der Wirtschaftskrise, Steuergesetzgebung, Eingriffe in die Kommunalfinanzen durch Bund und Land). Wenn die laufenden Einnahmen dauerhaft nicht ausreichen, die laufenden Ausgaben zu finanzieren, müssen die laufenden Leistungen und die Investitionen gekürzt und/oder die (kommunalen) Steuern und Gebühren erhöht werden.

und

2. Eine zunehmende Verschuldung ist keine Lösung. Kreditaufnahmen sind ökonomisch und im Sinne einer generationengerechten Haushaltspolitik nur dann vertretbar, wenn die (zusätzlichen) Zins- und Tilgungsbelastung aus laufenden Einnahmen finanziert werden können, was jedoch (siehe These 1) in den nächsten Jahren nicht möglich sein wird.

Wenn wir im Sinne unserer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik auch das Prinzip des generationengerechten Haushalts beibehalten wollen, also das Prinzip wonach die künftige Generation nicht durch die heutige Generation finanziell belastet werden soll, sollten wir uns an diesen Thesen orientieren.

Meine Damen und Herren,

der heute vorgelegte Haushaltsplanentwurf wird bei Ihnen nicht auf große Begeisterung stoßen. Im Übrigen auch nicht in der Verwaltung. Aber welche Alternativen haben wir denn? Augen zu und durch, in der Hoffnung es wird doch bald wieder besser werden? Oder das andere Extrem: Sparen, sparen, Leistungen reduzieren, Zuschüsse kürzen, Einrichtungen schließen, Investitionen drastisch zurückfahren? Wir haben mit dem vorliegenden Entwurf versucht, einen Mittelweg zu finden. Einerseits tatsächlich zu konsolidieren, wir haben im Verwaltungshaushalt Ausgaben gekürzt und Einnahmen erhöht, andererseits dennoch die notwendigen Investitionen weiter auf den Weg zu bringen und mit dem Investitionsvolumen im Haushalt 2010 von immerhin rd. 21 Mio. EUR (mit den Investitionen des Eigenbetriebs SEL von 4,2 Mio. EUR und denen unserer Wohnungsbaugesellschaft mit rd. 16 Mio. EUR sind es rd. 41,2 Mio. EUR) auch einen deutlichen Beitrag für das örtliche Handwerk und zur Konjunkturbelebung zu leisten.

Die Haushaltsberatungen werden für uns alle nicht einfach. Ich bin gespannt, ob es uns gelingt, einen gemeinsamen Konsens zu finden, der der Verantwortung die wir haben gerecht wird. Einerseits unsere öffentlichen Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, die Stadtentwicklung zu fördern und andererseits dabei auch die Finanzen und die künftigen Generationen nicht aus dem Auge zu verlieren. Ich wünsche mir eine offene, konstruktive Auseinandersetzung mit dem Verwaltungsentwurf und im Idealfall auch einen breiten Konsens zum Umgang mit dieser außerordentlich schwierigen Situation.